



DKG-Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß

## Haltung zeigen

Die Geduld der Krankenhäuser ist am Ende. Was derzeit unter dem Deckmantel fiskalischer Vernunft aus der sogenannten Finanzkommission präsentiert und vom Bundesgesundheitsministerium zur Umsetzung empfohlen wird, ist in Wahrheit ein Frontalangriff auf die stationäre Versorgung in Deutschland. Die vorgeschlagenen Kürzungen sind nicht nur maßlos – sie beruhen auf fehlerhaften Berechnungen und einer absolut realitätsfernen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage unserer Kliniken. Wir erleben eine politische Strategie, die Symptome bekämpft, aber die Ursachen ignoriert. Während die Kostensteigerungen durch gesetzgeberische Entscheidungen, durch immer neue Vorgaben vor allem getrieben von den Krankenkassen und durch strukturelle Defizite wegen fehlender Investitionen verursacht wurden, sollen nun die Krankenhäuser mit ihren Beschäftigten die Zeche zahlen. Das ist nicht nur ungerecht – es ist gefährlich. Denn die Kliniken schreiben bereits heute flächendeckend rote Zahlen. Allein im Jahr 2025 mussten rund 10 Mrd. € aufgebracht werden, um die Versorgung überhaupt aufrechtzuerhalten. Weitere Kürzungen bedeuten keine Konsolidierung – sie treiben das System in den Kollaps.

Diese Politik gefährdet nicht abstrakte Strukturen, sondern ganz konkret die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten. Wer heute planlos kürzt, riskiert morgen geschlossene Notaufnahmen, überlastete Pflegekräfte und eine medizinische Versorgung, die ihrem Anspruch nicht mehr gerecht werden kann. Besonders betroffen sind die Menschen außerhalb der Ballungsräume – dort, wo Krankenhäuser oft die letzte verbliebene Säule der Daseinsvorsorge sind.

Gleichzeitig erleben wir einen Angriff auf die Beschäftigten in den Kliniken. Eine Politik, die einerseits Tariftreue fordert und andererseits die Refinanzierung dieser Tarife aus dem Gesetz streicht, verliert jede Glaubwürdigkeit. Die Konsequenz ist klar: Der wirtschaftliche Druck wird direkt an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergegeben. Es sind die Pflegekräfte, die Ärztinnen und Ärzte, die Verwaltungsmitarbeitenden, die diese Fehlentscheidungen ausbaden müssen.

Dabei haben die Krankenhäuser längst gezeigt, dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Strukturreformen werden aktiv gestaltet: Fusionen, Spezialisierungen und Zentralisie-

rungen sind vielerorts Realität. Die Branche ist bereit für Veränderung – aber sie braucht verlässliche Rahmenbedingungen statt politischer Kurzschlusshandlungen. Vorschläge von uns für Einsparungen in Milliardenhöhe liegen auf dem Tisch. Sie werden jedoch ignoriert, weil sie der Politik abverlangen, parallel zu den Kürzungen auch eine Entlastung bei den kleinteiligen Regulierungen für die Krankenhäuser umzusetzen.

Die Wahrheit ist: Diese Kürzungspolitik ist kein Reformkonzept, sondern ein kalter Strukturwandel ohne Plan. Sie zerstört gewachsene Trägerstrukturen, drängt primär freigemeinnützige und kirchliche Häuser in die Insolvenz und zwingt Kommunen, immer größere Defizite aufzufangen. Am Ende droht ein Ende der Trägervielfalt – zulasten von Vielfalt, Qualität und regionaler Verankerung.

Wir dürfen das nicht einfach hinnehmen, aus Verantwortung gegenüber unseren Beschäftigten und selbstverständlich vor allem aus Verantwortung für eine stabile Krankenhausversorgung für die Patientinnen und Patienten, die darauf angewiesen sind.

Es ist jetzt an uns als Verband aber auch an den Führungskräften in den Krankenhäusern, klar Stellung zu beziehen. Wir tragen Verantwortung: für unsere Beschäftigten, für unsere Patientinnen und Patienten und für die Zukunft unseres Gesundheitssystems. Diese Verantwortung bedeutet auch, sich zu wehren, wenn politische Entscheidungen die Versorgung gefährden.

Deshalb braucht es jetzt ein deutliches Signal. Wir müssen gemeinsam sichtbar machen, dass diese Politik zu weit geht. Dass wir bereit sind, für eine verlässliche, hochwertige und flächendeckende Krankenhausversorgung einzutreten. Und dass wir nicht zulassen werden, dass kurzfristige Sparlogik langfristige Schäden verursacht. Wir wollen nicht, dass unsere Krankenhäuser das gleiche Schicksal ereilt wie die Deutsche Bahn.

Die Zeit der Geduld und der stillen Hoffnung auf Besserung ist vorbei. Jetzt ist die Zeit, Haltung zu zeigen.